

## Monatsbrief Juni/Juli 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Parteien befinden sich im Wahlkampfmodus und die SPD will uns glauben machen, dass mit einem Kanzler Martin Schulz ein Politikwechsel ins Haus stünde. Dabei wird es für CDU/CSU und SPD eine echte Herausforderung bedeuten, den Wählerinnen und Wählern zu erklären, worin sie sich unterscheiden. Spätestens seit der Rede von Sahra Wagenknecht auf dem Bundesparteitag sollte allen Genossinnen und Genossen in unserer Partei klar sein, warum eine Beteiligung an einer Koalitionsregierung aus SPD und Grünen für uns keine Option ist. Und so ist auch der Offene Brief zu verstehen, den Ellen Brombacher und Wolfgang Gehrcke an die Parteitagsdelegierten geschrieben haben: „Für einen kräftigen Oppositionswahlkampf der LINKEN“. Aus Niedersachsen wurde der Brief u.a. unterstützt von Diether Dehm (MdB), Arne Brix (PV) und Sabine Lösing (MdEP). In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf den Redebeitrag von Ellen Brombacher auf dem Parteitag, der im Juli-Heft unserer *Mitteilungen* nachzulesen ist.

Mit wenigen Gegenstimmen hat der Bundesparteitag das Wahlprogramm zur Bundestagswahl beschlossen. Die sozialpolitischen Forderungen sind fast schon revolutionär. Fordern wir doch die Abschaffung von Hartz- IV samt Repressionsapparat. Auch die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten mittels eines klugen Steuerkonzepts, das bis in die bürgerliche Mitte zustimmungsfähig ist, werten die Eliten und die von ihnen finanzierten Parteien zu Recht als Angriff auf die Diktatur des Kapitals. Einige Anträge, die das Ziel verfolgten, das Programm weiter nach links zu rücken, sind gescheitert, andere fanden die Zustimmung der Delegierten. Insgesamt jedoch, aus Sicht der KPF, eine positive Bilanz! Nicht zufrieden können wir allerdings damit sein, dass die Vokabel „Kampfeinsätze“ nicht konsequent durch „Auslandseinsätze“ ersetzt wurde. (Im niedersächsischen Wahlprogramm heißt es übrigens „Auslandseinsätze“!)

Mit unserem Landtagswahlprogramm ist leider die Chance vertan worden, in klarer Sprache, unter Konzentration auf das Wesentliche und mit Zuspitzung von Widersprüchen das vorzubereiten, was die Aufgabe unserer Fraktion im niedersächsischen Landtag als starke Oppositionskraft wäre. Auf über 50 Seiten wird ein Gemischtwarenkatalog ausgebreitet, die Forderungen werden selten konkret. Schade! Wir sind sicher, dass bei einer qualifizierten Beteiligung der Zusammenschlüsse, so wie es die Satzung vorsieht, Peinlichkeiten und Allgemeinplätze hätten vermieden werden können.

Zwei Ärgernisse seien genannt:

1. Unsere Haltung zu Krieg und Frieden hätte an den Anfang des Programms gehört und nicht in das letzte Drittel!
2. Wir fordern, den 8. Mai als gesetzlichen Feiertag zu etablieren. Das ist gut so und dafür wäre eine über unsere Partei hinausreichende Mehrheit denkbar; an anderer Stelle des Programms wird der Christopher- Street- Day als gesetzlicher Feiertag gefordert. Wie unsensibel muss man sein, um diese beiden Gedenktage erinnerungsmächtig auf eine Stufe zu stellen?!

Wir trauern um Gerd Graw, der seine Edith nur um wenige Monate überlebte und am 22. Juni im 86. Lebensjahr gestorben ist. Gerd war einer der Gründerväter der PDS in Niedersachsen. Als IGM-Funktionär war es ihm ein besonderes Anliegen, dass in unserer Partei gewerkschaftliche Forderungen und Kämpfe ihren Niederschlag finden. Als Antifaschist wandte sich Gerd 1991 gegen rassistischen Pöbel und neofaschistischen Ungeist. Er gründete mit Walter Gruber und anderen ein Bündnis gegen Rechts, das später unter dem Namen „Bündnis gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ arbeitete. Das Bündnis wirkte weit über Salzgitter hinaus und fand prominente Unterstützer. Es sei nur Rolf Becker genannt. Anlässlich des 17-jährigen Bestehens des Bündnisses

gaben Gerd, Walter Gruber und andere eine 200- seitige Dokumentation heraus, großformatig und reich bebildert. Ein eindrucksvolles Zeugnis beharrlichen Kampfes gegen Rassismus, Neofaschismus und Geschichtsrevisionismus. - Gerd und seine Edith politisierten sich bereits in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts. In der Atmosphäre der Adenauer- Restauration, des Revanchismus und der Wiederbewaffnung war der Weg in die KPD zwangsläufig. Doch rasch wurde die legale politische Arbeit unmöglich gemacht. Die Stimmen der Vernunft, die weit in die SPD und in die Gewerkschaften hineinreichten, sollten zum Verstummen gebracht werden. Nach dem Verbot der FDJ folgte 1956 das KPD-Verbot, das seine langen Schatten bis heute wirft. Für Gerd und Edith war es selbstverständlich, dass sie ihre politische Arbeit auch unter Bedingungen der Illegalität fortsetzten. Sie waren maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Genossinnen und Genossen in Niedersachsen mit den Schriften der KPD versorgt wurden, die am Küchentisch gefaltet und postfertig gemacht wurden. Bei Gerd gehörten Reden und Tun untrennbar zusammen. Eine Charaktereigenschaft, die zunehmend aus der Mode gerät. - Ein reiches und kämpferisches Leben hat sich erfüllt. Wir verneigen uns und drücken den Familienangehörigen unser tiefempfundenes Beileid aus.

Die Trauerfeier findet am Samstag, dem 15. Juli, um 13.00 Uhr, im DGB-Haus in Salzgitter-Lebenstedt, Chemnitzer Straße 33, statt.

„Es wird einmal die Stunde kommen, wo alles Gegenwart sein wird, was jetzt noch vage Zukunft ist, wo Zeit selber von uns Rechenschaft fordern wird, was wir all die Jahre getan haben.“ Carl von Ossietzky

Mit solidarischen Grüßen

Für den LandessprecherINNENrat:  
Ulrich Vanek  
Christine Melcher